

Humanitäre Situation im Südsudan

Beschreibung des Konflikts



2011 entstand der Südsudan als weltweit jüngster, unabhängiger Staat, nach insgesamt fast 40 Jahren Bürgerkrieg mit dem Norden. Nach hoffnungsvollen ersten Jahren brach 2013 - mit ausgelöst durch massive Spannungen in der Regierungspartei und einer nicht gelungenen Integration aller bewaffneten Gruppen in die neue nationale Armee - ein erneuter Gewaltkonflikt aus. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung war von den Auswirkungen des Krieges betroffen. Im August 2015 unterzeichneten die beiden Hauptrivalen, der Präsident und sein Vize, ein Friedensabkommen, im April 2016 kehrte der Vizepräsident in die Hauptstadt Juba zurück. Trotzdem flammen immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen in Teilen des Landes auf. Die humanitäre Situation ist alarmierend.

Der Südsudan ist ein von schweren Konflikten geprägtes Land, dessen heutige Situation nur vor dem Hintergrund seiner Geschichte und der seines nördlichen Nachbarn Sudan verständlich wird. Über Jahrhunderte wurde die Region systematisch geplündert und seiner Menschen beraubt. Die „Verwaltung“ der Region bestand aus bewaffneten Handelsforts (Zaribas), von denen aus systematische Sklaven-„Jagden“ organisiert wurden. Die Kolonisierung durch Großbritannien (in formaler Doppelherrschaft mit Ägypten) gegen Ende des 19. Jahrhunderts führte im Süden zu einem besseren Schutz der Bevölkerung, aber stärkte eine kleine Elite aus dem zentralen Norden des Sudans und legte damit Grundlinien für strukturelle Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie, die bis heute andauern. Unter dem Eindruck der ägyptischen Revolution 1919 begann die britische Kolonialmacht, den südlichen Sudan vor Einflüssen aus dem Norden abzuschirmen, durch den Aufbau eigener Militäreinheiten, die Verbreitung des Englischen als Lingua Franca und die strenge Reglementierung des Handels zwischen dem Norden und dem Süden des Sudans. Allerdings wurde der Süden weiterhin wirtschaftlich stark vernachlässigt.

Ab 1946 schwenkte die britische Kolonialmacht auf das Ziel einer Einheit des Nordens mit dem Süden um, eine Entscheidung, deren Folgen die Region bis heute prägen. Unter dem Druck der antikolonialen Proteste wurde die „Sudanisierung“ der Verwaltung hastig vorgenommen, von 800 höheren Posten gingen dabei nur sechs

an Südsudanesen. Auch im Militär wurde die Führungsspitze einseitig besetzt. Entrüstet über ihre Benachteiligung, meuterten 1955 südsudanesischen Soldaten, damit brach der erste Bürgerkrieg noch vor der formalen Unabhängigkeit aus und stellte die Grundlagen des neuen Staates von Anfang an in Frage. Die massive und weiträumige Repression gegen Zivilisten führte zu 500.000 Todesopfern und großen Fluchtbewegungen aus dem Südsudan nach Uganda und Äthiopien, auch innerhalb des Südsudans floh eine halbe Million Menschen. Erst 1972 konnte der Krieg beendet werden. Nach einer kurzen Phase relativer Selbstbestimmung des Südens führte der Versuch des Regimes, zugesagte Freiheiten wieder abzuerkennen, 1983 zu einer erneuten Rebellion und damit zum zweiten Bürgerkrieg, der bis zum Abschluss des „Comprehensive Peace Agreement“ (CPA) 2005 andauerte, zwei Millionen Menschenleben kostete und 4,5 Millionen Südsudanesen vertrieb. Das Regime unterstützte zur Schwächung des Widerstands einzelne Rebellenflügel des Südens, zahlreiche Spaltungen führten zu blutigen Kämpfen zwischen unterschiedlichen Milizen, die sich oft auf ethnischer Basis rekrutierten und damit immer wieder zu massiven zwischenethnischen Konflikten beitrugen.

Auch die Verbreitung zahlreicher Kleinwaffen schürte die Gewalt im Süden. Wo früher traditionelle Autoritäten bei Kämpfen um Vieh und Weiderechte schlichtend eingreifen und Eskalationen abwenden konnten, erodierte ihre Macht unter dem Einfluss einer sich verbreitenden Kultur der Gewalt, die die Gesellschaft des Südsudans durchdrang. Das „Security Sector Resource Centre“ schätzt, dass mehr als 700.000 Kleinwaffen im Besitz von Zivilisten sind, während die Armee über ca. 200.000 Kleinwaffen verfügt.

Humanitäre Hilfe war in den jahrzehntelangen Kriegen immer wieder Objekt massiver Auseinandersetzungen und Missbrauchsversuche, Regionen wurden systematisch von der Hilfe abgeschnitten. Mit den „Ground Rules“ im Südsudan und insbesondere der „Operation Lifeline Sudan“ (OLS) wurde versucht, mit Konfliktparteien Regeln im täglichen Umgang und Zugang zu Opfern des Konflikts zu verhandeln.

Insbesondere die Kirchen im Südsudan setzten sich jahrzehntelang unter schwierigsten Bedingungen für Bildung, Gesundheit und Frieden ein. Sie blieben auch in Phasen der Gewalteskalation, wenn die allermeisten internationalen Nichtregierungsorganisationen ihr Personal evakuierten, vor Ort und organisierten Hilfe.

Mit der Unabhängigkeit 2011 trat im Südsudan eine politische Führungsschicht an, die sich fast ausschließlich aus ehemaligen Kämpfern zusammensetzte, ohne eine andere Ausbildung als die militärische. Ihnen wird häufig vorgeworfen, sich an den Einnahmen des Staates mit der Begründung zu bereichern, für im Kampf erbrachte Opfer Kompensationen zu verdienen. Laut einem Brief des Präsidenten an hohe Beamte und Politiker 2012 sind vier Mrd. US-Dollar ohne jeden Beleg verschwunden. Ein großer Teil der Öleinnahmen (98% der Regierungseinnahmen) gehen somit für produktive Entwicklungsausgaben verloren.

Die Unterbrechung der Erdölproduktion 2012 führte zu einem dramatischen wirtschaftlichen Einbruch und politischer Destabilisierung. Massive Spannungen innerhalb der Regierungspartei führten Ende 2013 zum Ausbruch bewaffneter Kämpfe vor allem zwischen der Regierungsarmee und der sich bildenden bewaffneten Opposition unter dem seines Amtes enthobenen Vizepräsidenten, aber

auch anderen bewaffneten Gruppen. Die Kämpfe wurden vor allem gegen Zivilisten mit großer Brutalität geführt. Mitte 2015 wurde – vermittelt durch regionale und internationale Diplomatie - ein Friedensabkommen unterzeichnet, seine Umsetzung steht aber noch aus.

Aufgrund der geographischen Lage, die historische Vernachlässigung und Ausbeutung sowie die jahrzehntelangen Kriege gehört das Land zu den ärmsten der Erde. 78% der Bevölkerung lebt von der vor allem kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die Produktivität ist niedrig, es fehlt auch in produktiveren Regionen an Straßen, was die Vermarktung der Erzeugnisse sehr erschwert. Laut UN-Entwicklungsbericht 2015 beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung im Südsudan 56 Jahre, die Müttersterblichkeit ist (gemeinsam mit der Demokratischen Republik Kongo) die fünfthöchste der Welt, die öffentlichen Ausgaben für Bildung liegen bei 0,7% des Bruttoinlandsprodukts (Durchschnitt für Afrika südlich der Sahara 5,1%).

Darstellung des Kontextes unserer Arbeit /Erfahrungen unserer Partner vor Ort



Der jüngste Konflikt seit 2013 führte zu massiven Vertreibungen. Laut UN-OCHA sind derzeit (Stand März 2016) mehr als 2,3 Millionen Südsudanesen auf der Flucht, davon 1,7 Millionen innerhalb der Landesgrenzen und ca. 600.000 in den Nachbarländern. Umgekehrt halten sich 265.000 Flüchtlinge aus Nachbarländern, z. B. aus den umkämpften sudanesischen Regionen Südkordofan und Blue Nile, aber auch aus der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo im Südsudan auf. Schließlich kehrten seit dem CPA rund zwei Millionen Südsudanesen aus anderen Ländern zurück – darunter 900.000 Menschen südsudanesischer Herkunft, denen im Sudan die Staatsbürgerschaft entzogen worden war – auch ihre Integration stellt die junge Nation vor große Herausforderungen.

Der Nordosten mit den Staaten Upper Nile, Jonglei und Unity ist seit Beginn des Krieges 2013 am stärksten von den Kämpfen betroffen und mit humanitärer Hilfe besonders schwer zu erreichen. Nahrungsmittellieferungen in die Region sind für

Helfer lebensgefährlich¹, erst im April 2016 wurde wieder ein Hilfskonvoi überfallen und Hilfsgüter für 300.000 Bedürftige von einer bewaffneten Gruppe geplündert. Aber auch die Staaten Lakes, Warrap, Western und Central Equatoria verzeichnen Gewaltkonflikte. Außerdem beherbergen sie viele Vertriebene aus dem Nordosten und der Grenzregion zum Sudan.

Die Vereinten Nationen versuchen seit 2005 mit der UNMIS und seit 2011 der UNMISS den Friedensprozess im Südsudan zu unterstützen. Infolge des Kriegsausbruchs 2013 wurde das Kontingent vergrößert, UNMISS selbst erklärte den Schutz von Zivilisten zu einer zentralen Aufgabe, der sie aber nur sehr begrenzt nachkommen kann. Selbst in den von UNMISS zu Schutzzonen („Protection of Civilians“ (POC)-sites) umfunktionierten UN-Basen kam es zu grausamen und organisierten Angriffen auf Zivilisten, wie zuletzt in Malakal im Februar 2016. Mehr als 90% der Binnenflüchtlinge leben außerhalb der POCs (die meisten von ihnen in Gastgemeinden) und sind entsprechend wenig geschützt.

Abyei ist ein Gebiet an der Grenze zwischen Sudan und Südsudan, dessen Status in den Friedensverhandlungen 2005 besonders umstritten war und weiter unklar bleibt. Zwar sieht die Region auf eine lange Geschichte friedlicher Kooperation zwischen Ngok-Dinka und Misseriya zurück, die Förderung von Erdöl in der Region schürt jedoch Konflikte. Die Stadt Abyei wurde 2008 und 2011 von sudanesischen Truppen beinahe komplett zerstört und fast vollständig verlassen. Geschätzte 100.000 intern Vertriebene haben im Norden von Warrap State im Südsudan Zuflucht gesucht.

In Western Equatoria sind in den vergangenen Jahren gewaltsame Konflikte zwischen zuwandernden Dinka-Viehhaltern und der lokalen Bevölkerung ausgebrochen. Ein anderer Konfliktherd sind Spannungen zwischen der Zentralregierung und einer lokalen Miliz, die sich zunächst als Selbstverteidigungseinheit gegen die aus Uganda stammende Terrorgruppe „Lord's Resistance Army“ gebildet hatte. Übergriffe und massive Repressionsmaßnahmen der Regierungsarmee trafen vor allem Zivilisten.

Laut dem „Famine Early Warning System“ ist die Ernährungslage 2016 im Südsudan nach Äthiopien weltweit am besorgniserregendsten. Vor allem aufgrund der Gewaltkonflikte konnten viele Familien keine Nahrungsmittel anbauen und sind von Hilfe abhängig. Die Vereinten Nationen schätzen, dass derzeit aufgrund der Konflikte und der Dürre mehr als 6 Millionen Menschen im Südsudan dringend humanitäre Hilfe benötigen. Laut ECHO leidet eines von sieben Kindern unter akuter Unterernährung.

Caritas international leistet mit ihren Partnern seit 2014 in den Staaten Warrap, Central Equatoria und Western Equatoria Hilfe für ca. 15.000 Begünstigte. Hauptzielgruppen sind Binnenvertriebene, Rückkehrer und die sie beherbergende lokale Bevölkerung. In Warrap unterstützt Caritas international Vertriebene aus der umkämpften Region Abyei, dem Unity State sowie die sie aufnehmende Gastbevölkerung, insbesondere in den Bereichen Wasserversorgung und Ernährung.

In Central Equatoria werden Binnenvertriebene in zwei UN-Schutzzentren bei Juba mit Nahrungsmitteln, Medizin, Bildung und psychosozialer Betreuung unterstützt. Parallel läuft ein Projekt in den Ursprungsgemeinden der Binnenflüchtlinge im

¹ Seit Dezember 2013 wurden im Südsudan 54 humanitäre Helfer getötet, die meisten von ihnen Einheimische.

Umland von Juba. Besonders bedürftige lokale Familien werden unterstützt, und Maßnahmen zur Rückkehr der Vertriebenen werden vorbereitet, insbesondere Ernährungssicherung und Friedensförderung für alle Bevölkerungsteile. In Western Equatoria leistet Caritas international mit Nothilfe und Maßnahmen zur Ernährungssicherung Hilfe für Binnenvertriebene, Rückkehrer und Einheimische.

Außerdem unterstützt Caritas international südsudanesische Flüchtlinge in Uganda und Gewaltopfer in der Provinz Gambella in Äthiopien, wo Konflikte ausgebrochen sind, die mit der Situation im Südsudan eng verknüpft sind.

Positionen:

- Der Südsudan bleibt ein von schweren Konflikten, Flucht und Vertreibung gezeichnetes Land. Er gilt als besonders von Staatszerfall bedroht (<http://fsi.fundforpeace.org/rankings-2015>) und erfordert internationale Aufmerksamkeit sowie langfristiges, stetiges Engagement.
- Die internationale Hilfe muss verstärkt werden. Der Südsudan darf angesichts anderer Krisen nicht komplett in Vergessenheit geraten.
- Alle Konfliktparteien im Südsudan müssen gedrängt werden, humanitäres Völkerrecht zu beachten, Zivilisten zu schonen und humanitäre Hilfe für die Opfer der Konflikte und massiven Ernährungsunsicherheit zuzulassen.
- Die besondere Bedeutung der Zivilgesellschaft und der Kirchen muss beachtet und ihre Rolle weiter gestärkt werden. Finanzierungsinstrumente für humanitäre Hilfe, Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen flexibler werden, um angepasste Hilfen entsprechend der rasch wechselnden Situation vor Ort leisten zu können.
- Ziviler Konfliktbearbeitung und funktionierender Staatlichkeit muss weiter große Aufmerksamkeit zukommen. Spezifische Instrumente und Maßnahmen wie z. B. DDR (Disarmament, Demobilization, Reintegration) müssen genauer auf ihre Wirkungen (und auch auf mögliche kontraproduktive Effekte) auf den Friedensprozess untersucht werden.